

# Antrag Nr. 23-F-69-0067

## CDU, FDP, BLW/ULW/BIG

---

### Betreff:

Öffentlicher Umgang mit der Unterbringung von Geflüchteten  
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 04.10.2023 -

### Antragstext:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden beabsichtigt, die aktuell gemäß dem „Konzept GU.plus“ aus 2016 für bis zu 550 Personen ausgelegte Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in der Hans-Bredow-Straße aufzulösen. Aktuell sind dort lt. Presseberichterstattung noch gut 300 Personen untergebracht. Im Gegenzug soll die durch die Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH (SEG) erworbene Liegenschaft Lessingstraße 16-18 für eine Unterbringung von bis zu 350 Geflüchteten ertüchtigt werden. Das Grundstück in der Hans-Bredow-Straße soll mittelfristig als Interimbau für zu sanierende weiterführende Schulen genutzt werden.

Die Bewohner des Einzugsgebiets der Liegenschaft Lessingstraße 16-18 wurden durch das zuständige Dezernat VI von Stadträtin Dr. Becher (SPD) und die SEG erst sehr spät und unzureichend über die Organisation und Planung sowie die Hintergründe der Nutzung der Liegenschaft am 19.09.2023 informiert. Die Antworten auf gestellte Fragen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger werfen neue Fragen auf, die bisher unbeantwortet sind.

*Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. ob er die von Dezernat VI angewandte Kommunikationsstrategie für die Umnutzung der Liegenschaft Lessingstraße 16-18, zum Zwecke der Unterbringung von Geflüchteten, als zielführend und geeignet betrachtet, eine größtmögliche Akzeptanz in der Bevölkerung für die humanitär notwendige Unterbringung zu erzielen,
2. ob er beabsichtigt, diese Kommunikationsstrategie auch zukünftig für vergleichbare Fälle anzuwenden,
3. aus welchen Gründen die Gemeinschaftsunterkunft in der Hans-Bredow-Straße
  - a. aktuell weit unter der von der Amtsleitung als Wunschobergrenze genannten 80% der zur Verfügung stehenden Plätze belegt ist und seit wann dies der Fall ist
  - b. nicht als Gemeinschaftsunterkunft weiterbetrieben werden kann und welche Maßnahmen zu welchen Kosten notwendig wären, um einen Weiterbetrieb sicherzustellen

Wiesbaden, 04.10.2023

André Weck  
Sozialpolitischer Sprecher  
CDU-Fraktion

Melanie Völker  
Fraktionsreferentin  
CDU-Fraktion

Sebastian Rutten  
Sozialpolitischer Sprecher  
FDP-Fraktion

Jeanette-Christine Wild  
Fraktionsgeschäftsführerin  
FDP-Fraktion

Renate Kienast-Dittrich  
Fraktionsvorsitzende  
BLW/ULW/BIG

Veit Wilhelmy  
Stadtverordneter  
BLW/ULW/BIG

Faissal Wardak  
Stadtverordneter  
BLW/ULW/BIG